

Zahnärzteschaft vertraut auf Kammer

Herbstklausurtagung der BLZK

Die Novellierung der GOZ, die Ergebnisse der IFB-Studie und das Qualitätsmanagement der BLZK standen bei der Klausurtagung der Bayerischen Landeszahnärztekammer am 22. September 2007 in Wernberg/Oberpfalz im Mittelpunkt.

Wie ist der Stand der Beratungsverfahren bei der neuen GOZ? Wann kommt sie? Um Näheres darüber zu erfahren, hatte der BLZK-Vorstand Dr. Peter Engel, Präsident der Zahnärztekammer Nordrhein, in seiner Funktion als Vorsitzender des Senats für privates Leistungs- und Gebührenrecht der Bundeszahnärztekammer nach Wernberg eingeladen. Engel berichtete dem Vorstand, dass sich die Bundeszahnärztekammer gemeinsam mit der DGZMK und den wissenschaftlichen Gesellschaften nach Vorlage der „konsolidierten Fassung des Gebührenverzeichnisses“ durch die Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Gesundheit am 7. September zur Novellierung der Gebührenordnung mit einer kritischen Stellungnahme zu Wort gemeldet hätte. Am 19. September 2007 wurde außerdem auf Initiative der BZÄK vom Gesundheitsausschuss des Bundestags das Thema GOZ auf die Tagesordnung gesetzt. Die FDP-Bundestagsfraktion stellte dazu eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung. Diese zielte vor allem auf die mangelnde Transparenz im derzeitigen Verfahren. Eine fachgerechte Beurteilung der GOZ-Novelle sei deshalb nicht möglich.

GOZ-Novellierung ist innovationsfeindlich

Ein „innovationsfeindlicher Entwurf“, so die Kritik Dr. Engels zum GOZ-Entwurf aus Sicht der Zahnärzteschaft. Er sei weder präventionsorientiert, noch risikoadaptiert und auch nicht auf die Bedürfnisse der Patienten abgestellt. Aus Sicht Engels habe die Politik wohl kein Interesse an der Zukunft der freiberuflichen Praxis. Dennoch hat sich die Zahnärzteschaft nicht ganz aus den Beratungen ausgeklinkt, sondern wird beobachtend an den weiteren Beratungen teilnehmen. „Die Zahnärzteschaft möchte nicht daran beteiligt sein, die Novelle ‚glattzustreichen‘“, so Engels Begründung. Mit der neuen GOZ wird im Juli 2008 gerechnet.

Zweitmeinungsmodell:

überraschende Ergebnisse

Der zweite Teil der Klausurtagung war der Vorstellung der Ergebnisse der Studie „Zukunft der Praxis – Praxis der Zukunft“ des Instituts für Freie Berufe Nürnberg (IFB) gewidmet. IFB-Geschäftsführer Dr. Willi Oberlander stellte dem Vorstand kurz zusammengefasst die wesentlichen Ergebnisse der Studie vor (siehe dazu BZB 10/2007 sowie Seite 21 f. in dieser Ausgabe).

Überraschend war unter anderem die Bewertung des „Zweitmeinungsmodells“ durch die Zahnärzte. Mehr als zwei Drittel der bayerischen Zahnärzte lehnt ein solches Angebot ab. Nur ein Drittel sieht entsprechenden Bedarf, wobei Zahnärztinnen grundsätzlich aufgeschlossener zu sein scheinen als Zahnärzte. Ablehnungsgründe sind überwiegend der befürchtete Autoritätsverlust und die Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Zahnarzt und Patient (20,4 Prozent) sowie die Feststellung, dass dieses Angebot völlig unnötig ist, weil Zahnärzte bereits umfassend beraten bzw. selbst die Zweitmeinung eines Kollegen einholen (20,2 Prozent). Dagegen spricht für das Zweitmeinungsmodell aus Sicht der Befürworter unter anderem die Entscheidungshilfe für unschlüssige Patienten (21,1 Prozent), der Informationsgehalt und das Recht des Patienten (je 11,7 Prozent). Das Überraschendste ist allerdings die Verortung des Zweitmeinungsmodells: Trotz sechs verschiedener Antwortmöglichkeiten sieht knapp



Fotos: BLZK

Dr. Peter Engel (Mitte): „Die Zahnärzteschaft verfolgt kritisch das Verfahren im BMG.“



Interessante Ergebnisse der IFB-Studie: Dr. Willi Oberlander bei seinem Vortrag

die Hälfte der Befürworter die Kammer bzw. den jeweiligen Zahnärztlichen Bezirksverband in der Pflicht (48,5 Prozent), jeder Zweite möchte die „zweite Meinung“ auf Obmannsebene ansiedeln (9,5 Prozent). Nur 25,4 Prozent meinen, die Kassenzahnärztliche Vereinigung sollte ein solches Angebot offerieren.

Kammer stärker gefordert

Oberlander unterstrich in seinen Ausführungen, dass die Zahnärzteschaft offensichtlich einen sehr starken Bezug zur Kammer hat. Dieser Bezug habe sich in den letzten Jahren noch verstärkt, ein Grund dafür mag sein, dass der Berufsstand die

Freiberuflichkeit verstärkt als bedroht ansieht. Aber nicht nur der zahnärztliche Berufsstand scheint enger zusammenzurücken, dies treffe – so Oberlander – für alle akademischen Heilberufe zu. Klar sei aber auch: Die Zahnärzte an der Basis wollen gehört werden. Die Selbstverwaltung habe die Aufgabe, die Berufsträger noch stärker und kontinuierlicher einzubinden.

BLZK-Qualitätsmanagement in Bayern

Außerdem befasste sich der Vorstand erneut mit dem Qualitätsmanagementsystem der Bayerischen Landeszahnärztekammer. Zahnärzte, die den – mit dem BLZK-Rundschreiben 2/2007 versandten – Fragebogen zum Qualitätsmanagement bearbeitet und zurückgeschickt haben, erhalten nach Prüfung seitens der BLZK ein auf zwei Jahre befristetes Zertifikat. Dieses bestätigt die Teilnahme am QM-System der BLZK. Außerdem ist geplant – in Kooperation mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns – die Vorgaben des gemeinsamen Bundesausschusses für Vertragszahnärzte in das QM-System der BLZK zu integrieren und Informationsveranstaltungen gemeinsam auf regionaler Ebene durchzuführen. Auch die ABZ eG sei bei der Umsetzung des QM-Systems in Bayern ein wichtiger Partner, so die Beschlusslage des Vorstands.

Isolde M. Th. Kohl

BLZK-Präsident begrüßt bayerischen Gesundheitsminister

Dr. Otmar Bernhard ist seit dem 16. Oktober 2007 neuer bayerischer Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Der promovierte Jurist war seit 2005 Staatssekretär im selben Hause. Er folgt damit Dr. Werner Schnappauf im Amt. Dieser hatte bereits vor Bestellung der neuen Minister im Kabinett Beckstein in eine Position als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie gewechselt.

Michael Schwarz, Präsident der BLZK, gratulierte Bernhard anlässlich des Amtsantritts. Er machte in seinem Schreiben deutlich, wie wichtig die gute Zusammenarbeit zwischen Zahnärzten und Gesundheitsministerium gerade im präventiven Bereich sei. Diese habe sich in den vergangenen Jahrzehnten sehr positiv entwickelt. Ein Beispiel hierfür seien die erfolgreichen Bemühungen zur Prophylaxe im Kindergarten und in der Schule, wofür das erfolgreiche Kooperationsmodell der Landesarbeits-

gemeinschaft Zahngesundheit Bayern (LAGZ) stehe, in das auch die Krankenkassen einbezogen sind.

Dr. Otmar Bernhard hat die Einladung der Bayerischen Landeszahnärztekammer zum Festakt zur Eröffnung des 48. Bayerischen Zahnärztes Tages unmittelbar nach seinem Amtsantritt angenommen und wird ein Grußwort an die Festgäste richten. Sein Amtsvorgänger konnte kein einziges Mal an dieser Veranstaltung teilnehmen. So wird der neue Gesundheitsminister gleich zu Beginn „ein wichtiges Signal an die bayerischen Zahnärzte und damit an die Heilberufe insgesamt senden“, so Schwarz.

Redaktion



Dr. Otmar Bernhard, bayerischer Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Foto: stimgy